

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Daniel Gruber: Sie können Handys bedienen, aber nicht mit Besteck essen**
- **Aufruf Kita-Kindeswohl-im-Blick: Die aktuelle Kita-Pädagogik birgt Risiken für Kinder**
- **Ralph Studer: ... Was gute Bildung ausmacht**
- **M. Brune-Koch: Sexualerziehung für Babys u. Kleinkinder?**
- **AG Frieden dieBasis: Für ein neutrales Deutschland**
- **Lebenshaus Schwäbische Alb: Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen beenden**
- **BüSo: Ukraine: US-Resolution im UN-Sicherheitsrat**
- **BüSo: US-Verteidigungsminister Hegseth: Kein NATO-Beitritt der Ukraine, keine US-Truppen**
- **Petra Erler: Wurde die Ukraine von Biden in die Falle gelockt?**
- **Th. Röper: Macrons Rede an die Nation zu Russland und Russlands offizielle Erklärung dazu**
- **Tilo Gräser: Jeffrey Sachs: Der Krieg in der Ukraine ist zu Ende**
- **Christoph Mohs: Einige aktuelle Überlegungen zu den Voraussetzungen einer europäischen Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert**
- **Konstantin Demeter: (Israel) bestätigt: Armee erhielt am 7. Oktober 2023 den Befehl, Israelis zu töten**
- **Albrecht Müller: Dokumentation der Hölle, des Genozids an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza**
- **A. Maxime: Die US-Wirtschaft gemäß Emmanuel Todd**
- **Torsten Engelbrecht: USA ertrinken in Staatsschulden und Steuern auf eine Haushaltsklippe zu**

**Glaube denen, die die Wahrheit suchen,
und zweifle an denen, die sie gefunden haben.**

Editorial

Wir beginnen die Ausgabe mit **Erziehungs- und Bildungsthemen**: Daniel Gruber stellt den Zusammenhang zwischen der Nutzung **digitaler Medien** durch Eltern und Kleinkindern in Bezug auf die kindlichen Sprachentwicklungs- und Verhaltensstörungen dar. Ralph Studer verweist anlässlich des Weltbildungstags auf wichtige Aussagen zur Frage: Was macht eine **dem Menschen gerecht werdende Bildung** aus? Der Aufruf **“Kita-Kindeswohl-im-Blick“** will unter Anleitung pädagogischer Fachkräfte dafür schon in der Kita die Basis legen. Marita Brune-Koch kritisiert fundiert die frühkindliche Sexualisierung in den Kitas.

Im Hinblick auf eine friedlichere Welt sieht die ‘AG Frieden dieBasis Köln’ in dem Aufruf **“Für ein neutrales Deutschland“** eine unterzeichnenswerte Kampagne. Bzgl. eines Friedens in der **Ukraine** begrüßen ‘Lebenshaus Schwäbische Alb’ und die IPPNW die **Aufnahme intensiver diplomatischer Gespräche**, die von einer durch die USA in den **UN-Sicherheitsrat** eingebrachten Resolution begleitet wird. Die für die USA wichtigen **Eckpunkte** für diese Gespräche formuliert US-Verteidigungsminister Hegseth. Petra Erler erkennt in ihrem Rückblick, dass die Biden-Regierung die Ukraine in einen **nicht zu gewinnenden Krieg** geschickt und einen frühen Friedensschluss verhindert hat. Der dadurch in falschen Hoffnungen belassene und von extremen Nationalisten mit dem Tod bedrohte Selenskyj konnte daher im Weißen Haus nicht auf die Friedensofferten des Hausherrn eingehen; es kam zum Eklat. Die **Eliten in Europa** unterstützen Selenskyj in seiner Ablehnung von Gesprächen mit Russland und verorten die Schuld für den Ukraine-Krieg alleine bei Russland, was u.a. durch die von Thomas Röper vorgestellte **Rede des französischen Präsidenten** repräsentiert wird. Demgegenüber macht Jeffrey Sachs auf die Hintergründe des Konflikts und die militärische Lage in der Ukraine aufmerksam. In der komplett neuen Ausrichtung der US-Außenpolitik sieht Christoph Mohs die Chance, **“ganz Europa [„„] einer wirklich nachhaltigen, globalen Friedensordnung sehr weit annähern“** zu können“.

In Bezug auf den Nahen Osten stellt Albrecht Müller die von Lee Mordechai ausgearbeitete detaillierte Dokumentation zu dem **Völkermord im Gazastreifen** vor. Konstantin Demeter greift dazu den Teilaspekt der Befehlslage der israelischen Armee auf, auch selbst Israelis zu töten.

Abschließend erörtern Auguste Maxime die Aussagen von Emmanuel Todd zur **Krise der US-Wirtschaft** und Torsten Engelbrecht **die exorbitanten US-Staatsschulden**.

- Daniel Gruber: **Sie können Handys bedienen, aber nicht mit Besteck essen**

Laut der Kinderärztin Arnika Thiede bereitet ein hoher Medienkonsum nicht erst Schulkindern Probleme. "Ein exzessiver digitaler Medienkonsum kann unter anderem zu Adipositas und Schlafstörungen führen. Das Gehirn verändert sich auch strukturell und funktionell. Je früher und länger digitale Medien konsumiert werden, desto ausgeprägter sind die Veränderungen, die sich trotz Reduktion der Bildschirmzeit bis ins Erwachsenenalter ziehen können." [Thiede warnt Eltern vor der Medienfalle](#), wenn sie das Handy als Belohnung benutzen oder damit Wartezeiten überbrücken oder das Kind damit ruhigstellen wollen. Das Handy sei für Kinder interessant, weil es bei seiner Nutzung zu Dopamin-Ausschüttungen komme, aber auch weil sie sehen, dass die Eltern ständig am Handy sind. Thiede: "Aus Studien der vergangenen zehn Jahre lässt sich für Österreich und Europa ableiten, dass 60% der Ein- bis Zweijährigen laut Elternangabe täglich bis zu zwei Stunden vor Bildschirmen verbringen. 40% der Zwei- bis Dreijährigen können selbstständig ein Handyspiel bedienen, 50% finden alleine den Weg zu YouTube und 44% der Fünf- bis Sechsjährigen können zwar einen Touchscreen perfekt bedienen, aber nicht selbstständig mit Besteck essen, sich die Schuhe binden oder sich alleine an- und ausziehen. Das ist schon heftig." Thiede beobachtet in der Entwicklungsmedizinischen Ambulanz, in der sie arbeitet, "fast täglich Kinder unter vier Jahren mit Sprachentwicklungs- und Verhaltensstörungen. Die Kleinkinder leben zum Teil in ihrer eigenen Welt. Sie haben nie kennengelernt, wie man mit anderen Kindern spielt. Sie wissen selber gar nicht, wie man spielt. Sie manipulieren ihre Eltern, indem sie auf Ansprache nicht reagieren und schreien. Die Eltern wissen nicht mehr weiter und setzen die Kinder vor den Fernseher, das Tablet oder Handy. Dann ist Ruhe." Betroffene Kinder sprechen wenig bis gar nicht, zeigen "wenig soziale Interaktion und scheinen ähnlich wie Kinder im autistischen Spektrum in ihrer eigenen Welt zu leben".

[Daniel Gruber](#), Jg. 1988, studierte Religionspädagogik und Gemeindediakonie, war viele Jahre in der Leitung und im Vorstand des Gebetshauses Freiburg und ist seit 2024 leitender Sekretär im CVJM Meckesheim. (Red.)

[Dr. Arnika Thiede](#) ist Fachärztin für Kinder- und Jugendheilkunde mit dem Schwerpunkt Neuro- und Sozialpädiatrie. Sie ist am Ordensklinikum Barmherzige Brüdern in Linz tätig, insbesondere im Institut für Sinnes- und Sprachneurologie. Zudem leitet sie die neurologisch-linguistische Ambulanz des Instituts. Dr. Thiede engagiert sich auch in der Arbeitsgruppe Neuropädiatrie der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde. Darüber hinaus informiert und unterstützt sie Eltern in verschiedenen Bereichen der kindlichen Entwicklung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Aufruf Kita-Kindeswohl-im-Blick: **Die aktuelle Kita-Pädagogik birgt Risiken für Kinder**

Mit dem Ziel, eine zunehmend normativ ausgerichtete Kita-Pädagogik unter Einbezug aller relevanten Fächergruppen wieder ausgewogen wissenschaftlich zu begründen, hat eine Fachgruppe von Pädagogen und Psychologen einen Aufruf ausgearbeitet. Darin werden [fünf kritische Perspektiven gebündelt und dazu Forderungen erhoben](#):

1. "Eltern sollten über die gesundheitlichen Risiken und die Herausforderungen für die Eltern-Kind-Bindung bei sehr frühem und sehr langem Krippenbesuch informiert werden. Politische Rahmenbedingungen sollten Müttern und Vätern ermöglichen, gleichstellungsorientiert ihre Kinder in den ersten beiden Lebensjahren selbst betreuen zu können oder nur auf kurze, entwicklungsgemäße Betreuungsangebote zugreifen zu müssen."

2. "In der Kita sollen nicht nur freie Formen des Spielens und Lernens, sondern besonders bei älteren Kindern regelmäßige lernzielorientierte Aktivitäten ihren festen Platz haben. Es sind vor allem die angeleiteten Beschäftigungen, die Grundkompetenzen vor dem Schuleintritt üben lassen, kindliche Interessen erweitern und Lernen in heterogenen Gruppen ermöglichen."

3. "Kinder sollen in Abhängigkeit von ihrer Urteilsfähigkeit an Entscheidungen beteiligt werden. Die Orientierung an den Interessen von Kindern soll aber nie dazu führen, dass pädagogische Fachkräfte fachlich begründete Entscheidungen zum Wohle des Kindes nicht umsetzen. Die haltgebende Autorität von pädagogischen Fachkräften gegenüber Kindern muss als bedeutsam für die kindliche Entwicklung gewürdigt werden."

4. "Statt die Analyse von Lernbedarfen und Entwicklungsdefiziten bei Kindern abzuwerten, müssen pädagogische Fachkräfte den Förderbedarf von Kindern erkennen und früh erzieherisch handeln. Als Verantwortliche für das Kindeswohl ist es ihre Aufgabe, Entwicklungsförderung auch im Rahmen der Kita umzusetzen. Bei Fehlverhalten von Kindern müssen pädagogische Fachkräfte Grenzen setzen dürfen."

5. "Pädagogischen Fachkräften sollte die präventive Wirkung von Erziehung und Förderung als wesentlicher Beitrag zur psychischen Gesundheit von Kindern bewusst werden. So können sie durch individuelle Förderung und Elternberatung einer Etikettierung von Kindern durch unzulängliche Diagnosen entgegenwirken."

Dem Aufruf "[Kita-Kindeswohl-im Blick](#)" geht es um eine kritische Auseinandersetzung mit der pädagogischen Ausgestaltung von Krippe und Kindertagesstätte. Es geht also nicht um Plätze, Geld und Personal, sondern um Wissen über Kinder, über Konzepte, Haltungen und Einstellungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Ralph Studer: Zum Weltbildungstag 2025: Was gute Bildung ausmacht**

In diesem Artikel kommen mehrere Bildungsexperten zu Wort, die jeweils aufzeigen, was gute Bildung ausmacht aber auch was keine Bildung ist. So z.B. Christine Staehelin, eine vehemente Kritikerin der gegenwärtigen Schulentwicklung. "Wer die Erledigung an die KI delegiert, wird sich die Welt nicht mehr selbst aneignen; wer keine Bücher mehr liest, sondern Zusammenfassungen schreiben lässt, macht sich kein eigenes Bild mehr und weiß nicht mehr, wie andere die Welt sehen." Nach Ralph Studer brauchen Schüler keine digitalen Medien, keine KI, sondern sie "brauchen Lehrer, deren Handeln von einer liebenden Hinwendung, von Fürsorge, von Zutrauen und Ermutigung, an sich selbst zu glauben, getragen ist. [...] [Schüler-zentrierte und leidenschaftliche Lehrer mit einer hohen menschlichen Verantwortung für das Lernen der Kinder sind unentbehrlich](#)". Bildschirme im Unterricht "führen zu einem Verlust der unmittelbaren Zugänge zur Welt und zu den Mitmenschen. Mit der reduktionistischen Sicht auf den Menschen und die Bildung ist die heutige Schule von ihrem Lern- und Bildungsauftrag abgekommen. So wird sie dem einzelnen Schüler und seinen Bedürfnissen nicht mehr gerecht." Nach Jochen Krautz fordert Bildung, "einen persönlichen Beitrag zur Entwicklung der Menschheit zu mehr Humanität, Gerechtigkeit und Frieden".

[Ralph Studer](#), Jg. 1977, nach Tätigkeiten als Lehrer und Rechtsberater nun u.a. in Ausbildung zum Logotherapeuten, zum "Mediator CAS IRP-HSG" und zum Teamleiter. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Marita Brune-Koch: Sexualerziehung für Babys und Kleinkinder?**

Kindergärten bieten Räume für Kinder an, in denen diese ungestört masturbieren oder das "Genießen von Lustgefühlen am eigenen Körper" erleben können. In der Schweiz machen sich verschiedene Verbände für solche Räume/Angebote stark. Laut Marita Brune-Koch haben sich die Kindergärten solche Methoden der Frühsexualisierung nicht selbst ausgedacht, sondern sie fußen auf dem Leitfaden der WHO "Standards zur gesundheitlichen Aufklärung in Europa". Der [Entwicklungspsychologe Markus Hoffmann ist der Meinung, dass die WHO-Standards dem Kind](#)

[eine Sexualität andichten, "die so in dieser Weise überhaupt nicht da ist"](#). Empirisch belegt und seit Jahren wissenschaftlich erforscht sei dagegen, dass das Kind Bindung braucht und nicht Lusterfahrung. Masturbationsverhalten bei Kindern trete vielmehr oft dann auf, wenn es in den Familien gravierende Störungen gebe. Eine Selbstberuhigung durch Masturbation sei aber der falsche Weg, vielmehr müsse man auf eine Beziehungsregulation hinarbeiten. Die WHO-Forderung, wonach Kinder mit spätestens sechs Jahren über Liebesbeziehungen aufgeklärt werden müssten, lehnt er ab. "Kinder interessieren sich für die allgemeine Form der Liebe. Mit acht, neun Jahren kommt mal so ein Verständnis auf, dass Same, Eizelle, Papa, Mama, Liebe eine Familie ergeben und die Voraussetzungen von Zeugung sind. Vorher denken Kinder über den ganzen Bereich der Sexualität überhaupt nicht komplex nach, sondern finden das maximal kurios." Trotzdem würden die WHO-Vorstellungen von Sexualität hauptsächlich in Kitas und weniger in Schulen umgesetzt. Nach den WHO-Vorstellungen gehe es darum das Lustprinzip als einziges Prinzip der Sexualität zu setzen. Mit solch einer Vorstellung von Sexualität "kann sich ein größeres Bild von einer geordneten Sexualität in einer Familie, in einer Ehe, in einer Treue, in einer Aushandlung mit einem lebenslangen Partner kaum noch entwickeln". Menschen, die nach solchen Vorstellungen leben, seien "fortpflanzungsentbunden sexuell" und könne Sexualität auch "unabhängig von Geschlecht und Liebe" betreiben.

Solche Meldungen gehen immer wieder durch die Presse, wie z.B. bzgl. [Kerpen/NRW](#), [Berlin](#), [Hannover](#), [Köln](#), [Zürich \(Entlisberg\)](#). Dabei handelt es sich in einigen Fällen angeblich um scheinbare Alleingänge der entsprechenden Einrichtung, manchmal wird auf Vorgaben verwiesen, wie z.B. die UN-Menschenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention bei der '[Lebenshilfe Nürnberger Land](#)'. Für die Sexualpädagogik in Kitas werden mittlerweile Konzepte (z.B. [Diakonie Jugendhilfe Oberbayern](#)) oder eigene Akademien ([Lippstadt](#)) oder staatliche Fortbildungen ([Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.](#)) angeboten.

Marita Brune-Koch ist Sonderschullehrerin und Redakteurin beim Schweizer Standpunkt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● AG Frieden dieBasis: **Für ein neutrales Deutschland**

Es gibt eine lagerübergreifende Kampagne "[Für ein neutrales Deutschland](#)", die von der 'AG Frieden dieBasis Köln' initiiert wurde. Deutschland soll neutral werden mit den Zielen, sich nicht mehr in Kriege im Ausland einzumischen, keinen Bündnissen mehr anzugehören, über die es in Kriege hineingezogen werden kann, auf deutschem Boden keine ausländischen, der Kriegführung dienenden Militäreinrichtungen mehr zu dulden, keine Atomwaffen und keine Mittel- und Langstreckenraketen zu stationieren, kein Kriegsmaterial mehr ins Ausland zu liefern, Bundeswehr nur für die Landesverteidigung zu nutzen, und von deutschem Boden Frieden ausgehen zu lassen und sich als aktiver Friedensvermittler zu verstehen. Die Kampagne kann noch mitunterzeichnet werden, indem man sich dazu per eMail an unterzeichnen@deutschlandNEUTRAL.de wendet.

[Inhalt](#) ↑

● Lebenshaus Schwäbische Alb: **Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen beenden**

Die Friedensnobelpreisträgerorganisation IPPNW begrüßt die Aufnahme von intensiven diplomatischen Gesprächen zur Beendigung des Ukrainekrieges in Saudi-Arabien als ersten Schritt. Dieser Krieg kann laut IPPNW nur auf dem Verhandlungsweg beendet werden. Die Bundesregierung solle sich konstruktiv für einen zeitnahen Waffenstillstand und eine internationale Friedenskonferenz einsetzen, an der alle Parteien und Interessengruppen

einschließlich der Zivilgesellschaft beteiligt werden. Die [Verhandlungen sollten ohne Vorbedingungen von Russland oder der Ukraine erfolgen](#). Beide Seiten müssten zu Kompromissen bereit sein. Die IPPNW ist überzeugt, dass Sicherheitsgarantien letztlich aus der "Friedenslogik" entwickelt werden müssen: Auf dem Weg über vertrauensbildende Maßnahmen hin zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, die auf Demilitarisierung, Rüstungskontrolle und Abrüstung beruht.

Der 1993 gegründete Verein "[Lebenshaus Schwäbische Alb](#) - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V." mit Sitz in Gammertingen (Kreis Sigmaringen) will konstruktive, Leben stiftende Antworten auf existentiell wichtige Fragen und auf die vielfältigen Formen zerstörerischer Gewalt geben. (Red.)

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: **Ukraine: US-Resolution im UN-Sicherheitsrat**

Der Ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Wassilij Nebensja, bezeichnete die [Resolution der USA im UN-Sicherheitsrat über eine Friedenslösung für die Ukraine](#) als einen guten Ausgangspunkt. Allerdings würden weitere Bemühungen "nur dann erfolgreich sein, wenn die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren der Welt in europäischen und internationalen Sicherheitsfragen wiederhergestellt wird". Nebensja warnte, die "Kriegspartei, vertreten durch das Kiewer Regime und seine europäischen Sponsoren, hat noch lange nicht aufgegeben. Der heutige Versuch, die US-Resolution zu korrumpieren und zu pervertieren, zeigt dies deutlich." Die in neutralem Ton gehaltene [Resolution S/RES/2774 \(2025\)](#) bringt die Trauer um die im Ukraine-Konflikt Getöteten zum Ausdruck, betont die Rolle der UN bei der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und ruft zur Beendigung des Konflikts und zur Schaffung eines dauerhaften Friedens zwischen der Ukraine und Russland auf. Während die US-Resolution in ihrer ursprünglichen Form von zehn Mitgliedern, darunter Russland, die USA und China, angenommen wurde, enthielten sich fünf Länder, darunter Großbritannien und Frankreich, der Stimme. Dieser Resolution gingen die Resolutionen S/2025/114 bis /118 voraus, die im Sicherheitsrat nicht die notwendige Stimmenzahl bekamen.

Parallel zur der verabschiedeten Resolution des UN-Sicherheitsrates bittet die UN-Generalsversammlung ebenfalls am 24.02.2025 in ihrer [Resolution A/RES/ES-11/8](#) inständig um eine rasche Beendigung des Konflikts und fordert ferner mit Nachdruck einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation, der mit der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen der souveränen Gleichheit und der territorialen Unversehrtheit der Staaten im Einklang steht."

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: **US-Verteidigungsminister Hegseth: Kein NATO-Beitritt der Ukraine, keine US-Truppen**

In seinen offiziellen Ausführungen beim Treffen der Verteidigungskontaktgruppe der Ukraine im NATO-Hauptquartier in Brüssel stellte der neue US-Verteidigungsminister Pete Hegseth am 12.02.2025 die Politik der Trump-Regierung gegenüber der Ukraine unmissverständlich dar:

• Es wird keine Ukraine in der NATO geben. • Es werden keine US-Truppen in der Ukraine stationiert. • [Das Blutvergießen muss aufhören](#). • Die Rückkehr zu den Grenzen der Ukraine vor 2014 ist ein unrealistisches Ziel. • Alle Sicherheitsgarantien müssen durch fähige europäische und außereuropäische Truppen unterstützt werden.

Die USA werde sich in Zukunft nicht in erster Linie auf die Sicherheit Europas fokussieren, sondern auf die schwerwiegenden Bedrohungen durch den ebenbürtigen Konkurrenten China.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Petra Erler: **Wurde die Ukraine von Biden in die Falle gelockt?**

Laut Eric Green, Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Biden-Harris-Regierung, war es niemals Ziel dieser Regierung, dass die Ukraine einen militärischen Sieg erringt. Laut Petra Erler hat man im Weißen Haus "gewusst, dass es trotz aller westlichen Hilfe der Ukraine nie gelingen würde, an Russland verlorenes Territorium zurückzuerobern". Stattdessen sei es Biden darum gegangen, mittels der Ukraine die NATO zu stärken und Russland zu schwächen, ohne dass die USA in eine direkte militärische Konfrontation mit Russland gezogen werden. Biden habe nach Green "sorgfältig darauf [geachtet], keine Versprechungen zu machen, dass die Ukraine weitere Gebiete zurückgewinnen oder gar bis zum Ende des Krieges überleben würde". Das heißt für Erler, die [Biden-Regierung "schickte die Ukraine in einen militärischen Kampf, den sie nicht gewinnen konnte](#), und verhinderte – gemeinsam mit Großbritannien unter Boris Johnson – einen frühen Friedensschluss, zu dem sowohl Selenskyj als auch Putin damals bereit waren".

Erler erinnert daran, dass die Schwächung Russlands in der RAND-Studie von 2019 entworfen worden war. Sie erinnert auch daran, dass die Biden-Regierung nichts getan habe, den heraufziehenden Krieg zu verhindern, weil sie geglaubt habe, "die besseren Karten zu haben und Russland in die Knie zwingen zu können: mit schweren ökonomischen Sanktionen, mit diplomatischer Isolation. Diesem Kurs schloss sich die EU an." Die professionellen Diplomaten und die Militärs hätten aber "die Wahrheit gekannt, über die Regime-Change-Politik der USA, den Maidan, über alle späteren Entwicklungen im Konflikt mit Russland, auch über die Verhandlungen in Istanbul. Aber sie hätten geschwiegen" – solange sie sich Karrierechancen ausrechnen konnten. Der ehemalige spanische Botschafter in Georgien, José Zorrilla, konnte sich laut Erler nicht erklären, warum Deutschland nicht an der "integrativen europäischen Sicherheitsstruktur", die zur deutschen Wiedervereinigung führte, festhielt. Im Gegensatz dazu habe die Regierung Georgiens 2022 abgelehnt, eine zweite Front gegen Russland zu eröffnen, da das Land nicht zwischen Ost und West so zerrieben werde sollte wie die Ukraine.

Auf [den Eklat im Weißen Haus](#) eingehend, betont Erler, dass sich Donald Trump eingangs versöhnlich gegenüber Wolodymyr Selenskyj gab. Aber weder Trump, noch der diplomatischere James David (JD) Vance hätten Selenskyj vermitteln können, dass die USA mit diplomatischen Mitteln versuchten, die Zerstörung der Ukraine aufzuhalten und keinen Dritten Weltkrieg wollen. Dem Festhalten von Selenskyj an der Unterstützung der Ukraine durch die USA, von der er sich einen großen Vorteil bei Verhandlungen erhofft, hat Trump nicht nachgegeben, da er Frieden wolle (Video, 59m15; Zuspitzung beginnt ab 41. Min., als er Putin vorwirft, er habe Minsk II

gebrochen; die letzten 10 Min. mit einer Stellungnahme von Joachim Weber). Nach dem öffentlichen Pressetreffen eskalierte der Streit laut Erler weiter. Das vorgesehene Mittagessen sei von US-amerikanischer Seite gekippt, der geplante Rohstoff-Deal abgesagt worden. Trump habe Selenskyj gesagt, er könne wiederkommen, wenn er Frieden wolle. Erler geht davon aus, dass Trump im Interesse der US-Bevölkerung handelt. Aber den europäischen Medien wirft sie vor, nichts für die Wahrheit getan zu haben. Zu dieser Wahrheit gehöre, dass Wladimir Putin in den vergangenen Jahren vom Westen feindlich, abqualifizierend und diffamierend behandelt worden sei. Das wolle Trump ändern, was er auch von Selenskyj erwarte. Aber Selenskyj verfolge immer noch die gleiche Linie, die "die Biden-Regierung wider besseres Wissen entwarf und dem auch die europäischen Alliierten der USA allesamt bis heute folgen". Erler erinnert an Selenskyjs Problem, dass er schon 2019 von extremen Nationalisten mit dem Tod bedroht wurde. Es erhebe sich die Frage, warum er weiter Krieg führen wolle und damit sein Land ruiniere, "ob ihm nun die USA oder die EU weiter zur Seite stehen oder nicht". Erler fragt sich auch, wie es sein kann, dass Anfang 2022 angesichts der bevorstehenden Konfliktplosion mit Russland ein Spitzentreffen der Europäer nicht zustande kam und dass man die Chance auf den sich in Istanbul abzeichnenden frühen Friedensschluss vergab.

Auch Tilo Gräser erinnert in seinem Beitrag, der noch viele andere Aspekte und Meinungen berücksichtigt, daran, dass Kiew die [friedliche Wiedereingliederung der ostukrainischen Gebiete in das politische und wirtschaftliche System seit 2015 trotz der ukrainischen Verpflichtungen nach den Minsker Vereinbarungen verweigert hat](#).

[Petra Erler](#), Jg. 1958, ist Geschäftsführerin der Strategieberatung European Experience Company GmbH. 1990 war sie nach den ersten freien Wahlen in der DDR Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten. Von 2006 bis 2010 war sie die Kabinettschefin von EU-Kommissar Günter Verheugen. (Red.)

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Macrons Rede an die Nation zu Russland und Die offizielle Erklärung des russischen Außenministeriums dazu**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat eine Rede an die Nation gehalten. Dabei erklärte er, dass nur mit einem "befriedeten Russland" der Frieden nach Europa zurückkehren könne. Er sagte, dass Frieden "nicht um jeden Preis und unter russischem Diktat geschaffen werden kann, noch kann er eine Kapitulation der Ukraine sein". Weiter sagte er: "[Wir müssen die russische Bedrohung erkennen](#)". Wir müssen uns besser verteidigen. Die Zukunft Europas kann weder in Moskau noch in Washington entschieden werden.". Laut Thomas Röper ist Macron u.a. der Auffassung, > dass Russland die Minsker Vereinbarungen von 2014 gebrochen habe, daher könne man Russland nicht trauen, > dass Russland zu einer realen Bedrohung für Frankreich und Europa geworden sei, > dass Putin Europas Grenzen verletze, um Gegner zu töten und Wahlen zu manipulieren, > dass Russland ständig weiter aufrüste, > dass Europa Maßnahmen ergreifen müsse, um zunächst die Sicherheit Frankreichs, Europas und der Ukraine zu gewährleisten, > dass die Europäer der Ukraine weiterhin helfen müssen, Widerstand zu leisten, bis sie für sich und für uns alle zu ihren eigenen Bedingungen Frieden mit Russland aushandeln könne.

Macron will Gespräche mit Verbündeten über die Möglichkeit aufnehmen, europäische Länder unter den Schutz von Frankreichs nuklearer Abschreckungstruppe zu stellen, und folgte damit einem Aufruf des deutschen Kanzlerkandidaten Friedrich Merz. Frankreich werde ein Treffen der Generalstabschefs der Streitkräfte mehrerer Länder organisieren, die die Ukraine unterstützen,

um über den möglichen Einsatz eines europäischen Kontingents in der Ukraine zu diskutieren. Er sagte, man müsse der Ukraine Sicherheitsgarantien für die Zukunft geben, da man Russland "nicht vertrauen" könne. Das wolle er durch die Stationierung "europäischer Streitkräfte" in der Ukraine erreichen, die "nicht an der Front kämpfen", sondern die Einhaltung des Friedensabkommens überwachen sollen, sobald es unterzeichnet sei.

Für den russischen Außenminister Sergej Lawrow war diese Rede "[eine Art Katechismus für ein russophobes Aktionsprogramm](#)". Lawrow: "Tatsächlich hat Russland Frankreich nie bedroht, sondern dem Land im Gegenteil in zwei Weltkriegen geholfen, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Allerdings sind Macrons Äußerungen de facto eine Drohung an die Adresse Russlands." Lawrow erinnert daran, dass seit dem Zweiten Weltkrieg Frankreichs Tradition darin bestand, "eine ausgleichende Rolle im Weltgeschehen zu spielen und zum Abbau der Spannungen zwischen Russland und dem Westen beizutragen. Seinerzeit war es de Gaulle, der das Konzept der unteilbaren Sicherheit vom Atlantik bis zum Ural vorgestellt und dabei auf Konsensbildung gesetzt hat, indem er die Meinungen und Interessen aller Staaten des Kontinents berücksichtigte." Macron habe nur von Sicherheitsgarantien für die Ukraine, nicht für Russland gesprochen. Aber "schließlich hat gerade das Fehlen solcher Garantien, die ständige Schaffung von Bedrohungen für unser Land durch den Westen, vor allem durch die ungehemmte Erweiterung der NATO – entgegen den gemachten Versprechungen – und der Wunsch, die Ukraine in einen antirussischen Brückenkopf zu verwandeln, zu der aktuellen Krise geführt". Lawrow erinnert daran, "dass die Tragödie der Ukraine 2014 begann, als infolge des Staatsstreichs mit Duldung und Unterstützung des Westens offen neonazistische Kräfte die Macht im Land übernahmen und sich daran machten, die russische und russischsprachige Bevölkerung zu diskriminieren, die russische Sprache, Kultur und die kanonische Orthodoxie auszurotten und einen blutigen Bürgerkrieg im Donbass zu provozieren". Russland einen Verstoß gegen das Minsker Abkommen vorzuwerfen, sei eine Verdrehung der Tatsachen. Das militärische Aufbauprogramm Russlands sei "eine erzwungene Antwort auf die aggressive Politik der NATO ist, einschließlich des erzwungenen Beitritts von Schweden und Finnland zum Bündnis". Für Lawrow sollten "die Europäer, die während des Kalten Krieges im Zentrum der Konfrontation zwischen den Supermächten standen, mehr als alle anderen daran interessiert sein [...], den Vektor der amerikanisch-russischen Beziehungen zu verändern, die Spannungen abzubauen und einen konstruktiven Dialog zwischen Moskau und Washington zu fördern".

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Tilo Gräser: Jeffrey Sachs: Der Krieg in der Ukraine ist zu Ende**

Tilo Gräser macht auf die Einschätzung des US-Ökonomen Jeffrey Sachs aufmerksam. Nach Sachs hängt das russische Vorgehen mit der NATO-Osterweiterung und der US-amerikanischen Aufkündigung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge zu den Atomwaffen sowie den US-Abschussrampen in Polen und Rumänien zusammen. [Die Frage sei gewesen, ob die USA auch Raketensysteme in der Ukraine aufstellen würden](#), wenn diese in der NATO sei. US-Außenminister Antony Blinken habe seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow beim Treffen im Januar 2022 in Genf dazu gesagt, die USA würden Raketensysteme aufstellen, wo immer sie wollen. Sachs erinnert daran, dass sich die Ukraine von dem fast abgeschlossenen Abkommen von Istanbul zurückgezogen habe, "weil die USA ihnen das gesagt haben" und der britische Premierminister

Boris Johnson mit einem Besuch am 09.04.2022 in Kiew darauf drängte, da es dabei um die westliche Hegemonie gehe.

Den Europäern empfiehlt Sachs, über wichtige Themen direkt mit Russland zu verhandeln, "denn die Sicherheit Europas steht auf dem Spiel". Und er warnte vor den ständigen Irrtümern der USA, deren Strategen allein von der sogenannten Spieltheorie auf das Gegenüber schließen, ohne mit der anderen Seite zu sprechen und zu wissen, wie diese denkt. Bei der "Spieltheorie" gehe es nicht um Verhandlungen oder Friedensstiftung. Das zeige auch das Papier der RAND-Corporation von 2019 mit dem Ziel, Russland zu überdehnen und aus dem Gleichgewicht zu bringen, dem die Biden-Administration gefolgt sei. Doch das US-Projekt, Russland in die Knie zu zwingen, sei gescheitert.

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Christoph Mohs: **Einige aktuelle Überlegungen zu den Voraussetzungen einer europäischen Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert**

Für Christoph Mohs zeigt der Eklat beim Washingtoner Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Regierungschef Wolodymyr Selenskyj am 28.02.2025, "dass die neue US-Administration eine komplett neue Ausrichtung ihrer strategischen Außenpolitik eingeschlagen hat, als ihre Vorgänger und als die '360-prozentigen' unipolaren Kriegstreiber diesseits des Atlantiks". Allerdings könne sich das westeuropäische Establishment "einfach nicht vorstellen, dass es jemanden mit Einfluss geben könnte, der tatsächlich das macht, was er laut und deutlich angekündigt hatte – ja mehr noch, dass er dies sehr zielstrebig, rasch und nicht gerade zimperlich durchsetzen will und kann!" Nach Mohs werden "die bisherigen neokolonialen und geoimperialen Mechanismen der planetaren Kontrolle und Steuerung nicht mehr so funktionieren [...], wie bisher". Sicher werde die neue US-Regierung nicht alles Übel beseitigen. Vielmehr werde sie die US-Interessen noch deutlicher betonen und "ihre Schwerpunkte bei der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik noch weniger mit den europäischen 'Partnern' abstimmen".

Damit die US-Regierung aber nicht weiterhin regelmäßig über die jeweils nationalen, am Gemeinwohl orientierten Interessen der Europäer hinweggehen, sei dies zwingend erforderlich, diese klar zu definieren. Dem stünden die imperialen Interessen der Briten im Wege. "Zur nachhaltigen Überwindung des immer noch anhaltenden Ukraine Konflikts ist [eine rückhaltlos ehrliche Analyse der tatsächlichen Gegebenheiten unausweichlich](#)": Dazu gehören laut Mohs, dass "der Krieg um die strategische Hoheit im Donbass" vom Westen provoziert war, dass die "öffentlich erklärte Strategiedoktrin des 'kollektiven Westens' das 'Projekt einer unipolaren Weltordnung für ein neues, amerikanisches Jahrhundert' " und nicht die Abstützung auf die UN-Charta die Grundlage für das westliche Agieren war, dass die Behauptung vom "Aggressor Putin" weder durch Beweise noch Indizien abgesichert und damit keine Rechtfertigung für "immer ausgedehntere Waffenlieferungen und Geldzuwendungen an Kiew und eine brutale Sanktionspolitik" sowie für "die bruske Ablehnung der russischen Forderung einer 'gemeinsamen, unteilbaren Sicherheitsordnung' für ganz Europa" gegeben war, dass mit der "sukzessiven Annäherung der EU-Außenpolitik an die aggressive NATO-Agenda und deren faktische Verschmelzung nach der Invasion Russlands in die Ukraine [...] die ohnehin schon marginalisierten Ursprungsprinzipien der Europäischen Gemeinschaft endgültig [erodiert] und [...] geradezu ins

Gegenteil“ verkehrt wurden. Nach Mohs muss man sich der Aufarbeitung des Ist-Zustands und “weiterer als sakrosankt geltenden Grundannahmen im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich“ stellen, um sich “unter der Prämisse des Zieles einer gemeinsamen, unteilbaren und gerechten Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur für (zunächst) ganz Europa [„] einer wirklich nachhaltigen, globalen Friedensordnung sehr weit annähern“ zu können.

[Inhalt](#) ↑

- Konstantin Demeter: **Damaliger israelischer Verteidigungsminister bestätigt: Armee erhielt am 7. Oktober 2023 den Befehl, Israelis zu töten**

Israels ehemaliger Verteidigungsminister Yoav Gallant hat erstmals öffentlich zugegeben, dass den israelischen Streitkräften (IDF) am 7. Oktober 2023 [befohlen wurde, auf gefangen genommene israelische Zivilisten zu schießen](#). Wie ‘The Electronic Intifada’ berichtet, erklärte Gallant letzte Woche in einem Gespräch mit ‘Channel 12’, dass die umstrittene “[Hannibal-Direktive](#)“ in einigen Gebieten “taktisch“, aber nicht einheitlich angewendet wurde. Die Anordnung, die ursprünglich verhindern sollte, dass Soldaten lebend gefangen genommen werden, wurde dem Portal zufolge am 7. Oktober auf israelische Zivilisten ausgedehnt. Laut israelischen Medien hatte das militärische Oberkommando allerdings einen pauschalen Befehl zur Durchsetzung der Direktive in der gesamten Region erteilt, nicht nur in einigen Gebieten, wie Gallant behauptete. Die IDF setzten demnach Luftangriffe, Panzer und Drohnen ein, um palästinensische Kämpfer an der Gefangennahme von Israelis zu hindern. So trugen sie am 7. Oktober mit zum Tod von rund 1‘100 Israelis bei. Die genaue Zahl der allein durch israelisches Feuer Getöteten bleibt gemäß ‘[The Electronic Intifada](#)’ unklar. Eine UN-Untersuchung der Ereignisse sei von den israelischen Behörden behindert worden, indem sie den Ermittlern den Zugang zum Land verweigerten.

[Konstantin Demeter](#) ist Journalist und Fotograf. Nebst Transition News hat er unter anderem im Rubikon und im ‘OffGuardian’ veröffentlicht. Er war auch lange im Kulturbereich als Organisator tätig und hat in fernen Ländern gelebt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Albrecht Müller: **Dokumentation der Hölle, des Genozids an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza**

Lee Mordechai, Historiker und israelischer Staatsbürger, kommt nach Bewertung vieler Hunderter Quellen zu dem Schluss, “[dass Israel einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza begeht](#)“ (in 2024 über 44‘000 tote, mehr als hunderttausend verletzte und mehr als 10‘000 verschollene Palästinenser in Gaza). Israel setzt Hungersnot als Kriegswaffe ein, zerstörte das Gesundheitssystem und entmenschlicht die Palästinenser sowohl sprachlich als auch durch Misshandlung und Demütigung. Israel zerstört bewusst zivile Einrichtungen aller Art, hetzt zu Unrecht gegen die UNRWA und behindert Hilfsorganisationen massiv.

Die von Mordechai zusammengetragene detaillierte Dokumentation ist laut Nir Hasson “eine schockierende Anklageschrift mit Tausenden von Einträgen über den Krieg, die Handlungen der Regierung, der Medien, der israelischen Verteidigungskräfte und der israelischen Gesellschaft im Allgemeinen“. Ursprünglich wollte Mordechai mit seinen Recherchen die israelische Bevölkerung über die realen Geschehnisse der Auseinandersetzung seit dem 7. Oktober informieren. Daraus ist eine Dokumentation geworden, die hilft, “den Nebel zu lichten, der die Israelis seit Ausbruch des Krieges umhüllt“. Sie spiegelt nicht nur die Schrecken wider, die sich im Gazastreifen ereignen, sondern auch die Gleichgültigkeit Israels ihnen gegenüber. Mittlerweile haben auch sechs

führende israelische Behörden bereits erklärt, dass Israel ihrer Meinung nach einen Völkermord begeht. Aber die IDF behauptet, dass sie "nur gegen militärische Ziele operiert und eine Vielzahl von Vorsichtsmaßnahmen ergreift, um Schaden für Nichtkombattanten zu vermeiden, einschließlich der Herausgabe von Warnungen an die Bevölkerung".

*[Albrecht Müller, Jg. 1938](#), Nationalökonom und Herausgeber der *NachDenkSeiten*. Müller war in seiner politischen Laufbahn Ghostwriter bei Prof. Dr. Karl Schiller, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der SPD, Leiter der Planung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Auguste Maxime: Die amerikanische Wirtschaft gemäß Emmanuel Todd**

Laut Emmanuel Todd (siehe sein Buch "The Defeat of the West" (2020), basieren die Stärke und der Wohlstand der US-Wirtschaft "auf einer statistischen Illusion. Offizielle Indikatoren wie BIP, Inflation und Arbeitslosigkeit suggerieren zwar Stabilität, verschleiern jedoch tiefere strukturelle Schwächen. Die USA leben über ihre Verhältnisse, erleben eine rapide Deindustrialisierung und schwächen dadurch ihre militärische und geopolitische Position. Die vielleicht aussagekräftigsten Anzeichen für den Niedergang finden sich nicht in den Wirtschaftsdaten, sondern im Bereich der öffentlichen Gesundheit: Die Lebenserwartung sinkt und die Kindersterblichkeit steigt. Dabei handelt es sich nicht nur um statistische Ausreißer – sie sind Symptome einer umfassenderen gesellschaftlichen Krise.

Bei kritischer Betrachtung zeichnet das BIP (Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V.) ein zu optimistisches Bild, indem es den durch eine dienstleistungsintensive Wirtschaft generierten Wohlstand aufbläht und gleichzeitig die wachsende Abhängigkeit des Landes von Schulden und ausländischem Kapital herunterspielt. Angesichts dieser Realitäten wirkt der jüngste Trend zum Protektionismus weniger wie ein einfaches politisches Manöver, sondern eher wie [ein Versuch, den industriellen Niedergang aufzuhalten](#). Zollschränken, die einst als veraltete Politik abgetan wurden, werden nun als wirtschaftliche Selbstverteidigung umdefiniert. Es wird zunehmend anerkannt, dass die jahrzehntelange unregulierte Globalisierung die Produktionsbasis des Landes ausgehöhlt haben könnte. Die eigentliche Frage bleibt jedoch: Kann diese Politik mehr bewirken, als den Aderlass zu verlangsamen? Für Todd ist diese Krise nicht nur ein weiterer wirtschaftlicher Abschwung – sie ist ein struktureller Bruch, der die Position Amerikas in der Welt dauerhaft verändern könnte. Wenn er Recht hat, dann kämpfen die USA nicht nur darum, ihre wirtschaftliche Vormachtstellung zu behaupten, sondern sie könnte sich dem Ende nähern." So sein Fazit aus seiner profunden Darlegung der Krise der USA.

[Emmanuel Todd](#), Jg. 1951, französische Historiker und Soziologe, der bereits 1976 den baldigen Untergang der Sowjetunion vorhersagte, studierte am Institut d'études politiques in Paris und promovierte an der University of Cambridge. Er forschte zu Fragen der Demografie, Familienstruktur, Religion und Bildung. Viele seiner Bücher, wie "Weltmacht USA. Ein Nachruf" (2002) sowie "Traurige Moderne" (2018) wurden zu Bestsellern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Torsten Engelbrecht: USA ertrinken in Staatsschulden und steuern auf eine Haushaltsklippe zu**

Dieses Jahr [könnten die US-Schulden die 38-Billionen-Dollar-Marke knacken](#). Allein die Zinsen für die Verbindlichkeiten übersteigen inzwischen die Militärausgaben, die nach Torsten Engelbrecht mit mehr als 900 Mrd. US-Dollar bereits exorbitant hoch sind. Das Loch ist laut 'New York Post' (NYP), die sich auf einen Bericht des überparteilichen 'Congressional Budget Office'

(CBO) beruft, "um satte 15% größer als die Lücke im Zeitraum Oktober bis Januar ein Jahr zuvor". Die CBO warne: "Während der Anteil der Bundeseinnahmen am BIP konstant geblieben ist, sind die Ausgaben von einem 50-Jahres-Durchschnitt von 21,1% des BIP auf 23,7% in diesem Jahr gestiegen und werden bis 2035 auf 24,4% zusteuern." Auch wenn US-Präsident Donald Trump langfristig über eine Reduzierung der Militärausgaben nachdenke, "wenn sich die Lage beruhigt hat", ist dies nach Engelbrecht in der Auseinandersetzung zwischen US-Verteidigungsminister Pete Hegseth, der "effizientere" Ausgaben möchte, und dem Rüstungslieferanten Elon Musk noch nicht zu erkennen.

[Torsten Engelbrecht, Jg. 1966](#), wurde bei der Medienfachzeitschrift 'Message' ausgebildet, hat Beiträge für eine Vielzahl internationaler Publikationen verfasst, war fester Wirtschafts- und Finanzredakteur bei der 'Financial Times Deutschland' und arbeitet als freier Journalist in Hamburg, u.a. für 'Transition News' und 'Transition TV'. Zusammen mit Medizinern hat er Bücher zu medizinischen Themen verfasst. (Red.)

[Inhalt](#) ↑